70. Jahrgang · **2. Halbjahr 2026**

SEIT 1924

DAS REICHSBANNER

Verbandszeitschrift des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold,
Bund aktiver Demokraten e.V.

Boris Pistorius wird Ehrenmitglied

Boris Pistorius im Schaudepot **S. 4**

3 Editorial

4 Boris Pistorius wird Ehrenmitglied des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold

5 Gedenken an Herrmann Müller

6 3. Reichsbanner Bundestag in Bochum

9 Besuch im Dokumentationszentrum Oberer Kuhberg

10 Auf Spurensuche in Ostpreußen

12 Otto Hörsing
Kranzniederlegung zum 89. Todestag von Otto Hörsing

13 Otto Hörsing
Interview mit Prof. Dr. Benjamin Ziemann

16 Landeskonferenz Sachsen wählt neuen Vorstand und Reiner Haseloff wird Mitglied im Reichsbanner

Kontakt
Impressum

Editorial

Liebe Kameradinnen und Kameraden,

die positive Entwicklung unseres Reichsbanners setzt sich fort. Ein besonderer Ausdruck dafür ist die Ernennung von Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius zum Ehrenmitglied unseres Vereins. Sie unterstreicht die wachsende öffentliche Wahrnehmung unserer Arbeit und die Bedeutung unseres Einsatzes für Demokratie, Republik und Schwarz-Rot-Gold.

Auch unsere Gedenkveranstaltungen der vergangenen Monate waren sehr erfolgreich und fanden weit über die Reihen unseres Vereins hinaus Beachtung. Sie zeigen, dass die Auseinandersetzung mit unserer Geschichte und das Erinnern an jene, die sich für die demokratische Republik eingesetzt haben, auch heute von großer Bedeutung sind.

Ein weiterer Höhepunkt war der 3. Reichsbanner-Bundestag in Bochum. Die große Beteiligung und das vielfältige Programm machten das gemeinsame Wochenende zu einem vollen Erfolg und brachten uns zugleich die Geschichte und die besondere Prägung des Ruhrgebiets näher.

Auch darüber hinaus bietet diese Ausgabe wieder spannende Einblicke in Geschichte und Gegenwart unseres Verbandes. Ein Interview mit Prof. Dr. Benjamin Ziemann beleuchtet die vielen Stationen im Leben von Otto Hörsing und eine historische Spurensuche führt uns zudem in das ehemalige Ostpreußen und beleuchtet dort bislang wenig bekannte Zeugnisse unserer Verbandsgeschichte.

Ich wünsche euch viel Freude beim Lesen dieser neuen Ausgabe.

Mit kameradschaftlichen Grüßen

Euer Fritz Felgentreu
Bundesvorsitzender

Boris Pistorius wird Ehrenmitglied des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold

Der Bundesvorsitzende steckt das Bundesehrenabzeichen in Gold an
Foto: Jens Schicke

Am 19. Mai 2026 wurde Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius zum Ehrenmitglied des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold ernannt. Die Auszeichnung wurde ihm im Rahmen eines Besuchs des Reichsbanner-Schaudepots in der Gedenkstätte Deutscher Widerstand in Berlin überreicht. Bundesvorsitzender Dr. Fritz Felgentreu würdigte Pistorius als standhaften Demokraten, der dem Reichsbanner und seiner Arbeit eng verbunden ist. Mit der Ehrenmitgliedschaft unterstreicht das Reichsbanner zugleich seine Verbundenheit mit der Bundeswehr als Parlamentsarmee und ihrem Auftrag zum Schutz des demokratischen Staates. Pistorius hob bei seinem Besuch insbesondere die Bedeutung der historischen Bildungs- und Erinnerungsarbeit des Reichsbanners hervor. Die Auseinandersetzung mit der Geschichte und die Vermittlung demokratischer Traditionen seien gerade in einer Zeit von besonderer Bedeutung, in der die freiheitliche Demokratie erneut unter Druck gerate. Der Schutz demokratischer Freiheiten müsse dabei als dauerhafte gesellschaftliche Aufgabe verstanden werden. Zum Abschluss überreichte Dr. Felgentreu die Urkunde über die Ehrenmitgliedschaft sowie das Bundesehrenabzeichen in Gold. Als persönliche Erinnerung erhielt Pistorius zudem eine historische Aufnahme des Reichsbanners aus seiner Heimatstadt Osnabrück. Der Verleihung ging ein Rundgang durch das Reichsbanner-Schaudepot in der Gedenkstätte Deutscher Widerstand voraus. Begleitet wurde der Besuch von der Direktorin der Gedenkstätte, Dr. Julia Spohr, die die Sammlung und ihre historischen Zusammenhänge erläuterte.

Gedenken an Herrmann Müller

Am 18. Mai 2026 gedachte der Landesverband Berlin-Brandenburg des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold anlässlich des 150. Geburtstags des ehemaligen Reichskanzlers Hermann Müller im Rahmen einer Gedenkveranstaltung auf dem Berliner Zentralfriedhof Friedrichsfelde.

Hermann Müller wurde vor 150 Jahren, am 18. Mai 1876, als Sohn eines Mannheimer Schaumweinfabrikanten geboren. Nach dem frühen Tod seines Vaters musste er 1892 die Schule ohne Abitur verlassen. Es folgten eine kaufmännische Lehre sowie der Eintritt in die SPD und Gewerkschaft. Hermann Müller ist zunächst Redakteur parteieigener Tageszeitungen in Breslau und Görlitz, später Stadtverordneter in Görlitz und ab seinem 30. Lebensjahr in hohen Parteifunktionen tätig. Schließlich übernimmt er 1919 gemeinsam mit Otto Wels den Vorsitz der SPD. Bereits in der Kaiserzeit Mitglied des Reichstages, erlangt Müller 1919 ein Mandat für die verfassunggebende Nationalversammlung und wird anschließend erneut in den Reichstag gewählt. Als Außenminister der Regierung Gustav Bauer unterzeichnet er 1919 den Friedensvertrag von Versailles, mit dem der Erste Weltkrieg völkerrechtlich endet. Übergangsweise wird er 1920 für einige Monate Reichskanzler und führt erneut in dieser Position ab 1928 eine Regierung der großen Koalition, die aus fünf Parteien besteht. Während der Weltwirtschaftskrise zerbricht diese Koalition 1930 an der Frage der Finanzierung der Arbeitslosenversicherung. Mit dem Rücktritt Müllers scheidet der letzte parlamentarisch legitimierte Kanzler der Weimarer Republik aus dem Amt. Seine Nachfolger gelangen in Ermangelung parlamentarischer Mehrheiten über Notverordnungen des Reichspräsidenten Paul von Hindenburg ins Amt. Als Mitglied im Reichsbanner unterstützt Hermann Müller die Arbeit des Bundes sowohl innerhalb der Verbandsorganisation durch seine beratenden Aktivitäten im Reichsausschuss als auch durch Auftritte bei öffentlichen Veranstaltungen sowie mit zahlreichen Artikeln in den verbandseigenen Zeitungen.

Wir danken allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern sowie für die Grußworte von Sven Heinemann, Landesgeschäftsführer der SPD Berlin, und Andreas Geisel, Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin.

Der Landesvorsitzende Marlon Bünck bei seiner Ansprache

Gruppenbild der Teilnehmerinnen und Teilnehmer

Gruppenbild der Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Reichsbanner-Bundestages

3. Reichsbanner Bundestag in Bochum

Vom 7. bis 9. August 2026 lud der Landesverband Nordrhein-Westfalen zum 3. Reichsbanner-Bundestag nach Bochum und ins Ruhrgebiet. Drei Tage standen ganz im Zeichen republikanischer Erinnerungskultur, der Heimatgeschichte und nicht zuletzt der Kameradschaftspflege. Den Auftakt bildete am Freitag der Begrüßungsabend in Fieges Stammhaus in Bochum.

Am Samstag führte der Weg zunächst mit rund 50 Teilnehmerinnen und Teilnehmern zum Republikanerdenkmal auf dem Hohenstein in Witten. Das 1926 vom Reichsbanner errichtete Denkmal für Friedrich Ebert, Walther Rathenau und Matthias Erzberger gehört zu den besonderen Zeugnissen republikanischer Erinnerungskultur im Ruhrgebiet. Der Reichsbanner-Landesverband Nordrhein-Westfalen bemüht sich seit einiger Zeit um seine Wiederherstellung und wird dieses Vorhaben trotz mancher Herausforderungen weiterverfolgen. Vorstandsmitglied Christopher Fahsold berichtete über den gegenwärtigen Stand des Projektes und anschließend gab der ehemalige Wittener Bürgermeister und Bundestagsabgeordnete Klaus Lohmann einen kenntnisreichen Einblick in die Geschichte des Denkmals sowie in die damaligen politischen Verhältnisse in Witten und Umgebung. Bei strahlendem Sonnenschein, Fiege-Bier und Bochumer Currywurst blieb anschließend genügend Gelegenheit zum Austausch. Unser Dank gilt auch dem Haus Hohenstein für die Bereitstellung der Veranstaltungsfläche.

Zurück in Bochum begab sich das Reichsbanner mit dem Historiker Dr. Hans Hanke auf eine Reichsbanner-Spurensuche durch Bochum. Anhand der Lebenswege und Erinnerungsorte unter anderem von Fritz Husemann, Franz Vogt und Heinrich Schmitz wurde deutlich, welche bis heute vielfach verborgenen Spuren das Reichsbanner in der Stadt hinterlassen hat und welche persönlichen Opfer der Einsatz für Republik und Demokratie während der nationalsozialistischen Verfolgung forderte. Am Abend fand im Gasthaus Goeke der eigentliche Bundestag statt. Nach einem Grußwort des stellvertretenden Bundesvorsitzenden Dirk Sielmann zeichnete Prof. Dr. Stefan Goch in seinem Vortrag die politischen und gesellschaftlichen Entwicklungslinien des Ruhrgebiets in der Zwischenkriegszeit nach und ordnete darin auch das Reichsbanner ein. Nach dem gemeinsamen Buffet folgte, ganz im Sinne des Bundestages, der gesellige Teil: Reichsbanner-Liedgut, eine Verlosung zugunsten der Denkmalpflege und ausgiebige Gespräche prägten den weiteren Abend. Für manchen endete dieser erst spät im Bochumer „Bermuda3Eck“. Zum Abschiedsfrühstück am Sonntag fanden sich die verbliebenen Kameradinnen und Kameraden noch einmal im Café Zentral zusammen, bevor die Heimreise in alle Teile der Republik angetreten wurde. Bestes Sommerwetter und die für viele unerwartet grüne Seite des Reviers taten ihr Übriges zu einem rundum gelungenen Wochenende. →

1 Vorstandsmitglied Christopher Fahsold berichtete über den gegenwärtigen Stand des Projektes

2 Geselliger Mittagsteil

3 Historiker Dr. Hans Hanke bei seiner Stadtführung

4 Das ehemalige Republikanerdenkmal in Witten

Fortsetzung von Seite 7: „3. Reichsbanner Bundestag in Bochum“

5 Blick in das Gasthaus Goeke

6 Der Landesvorsitzende Florin Wirth bei seiner Ansprache

7 Der stellvertretende Bundesvorsitzende Dirk Sielmann bei seiner Rede

8 Klaus Lohmann nimmt ein Geschenk für seine Rede entgegen

9 Das Liederbuch zum Festabend

Besuch im Dokumentations-zentrum Oberer Kuhberg

Am 18. Juli 2026 trafen sich Kameradinnen und Kameraden aus Baden-Württemberg und Bayern in Ulm. Den Auftakt bildete eine Führung durch das Dokumentationszentrum Oberer Kuhberg. In dem ehemaligen Konzentrationslager waren zwischen 1933 und 1935 politische Gegner des nationalsozialistischen Regimes inhaftiert und schweren Misshandlungen ausgesetzt. Zu den Gefangenen gehörte auch unser Kamerad Kurt Schumacher, der später in das Konzentrationslager Dachau überstellt wurde.

Die Führung vermittelte einen eindrücklichen Einblick in die Haftbedingungen. Die Gefangenen waren in den Kasematten der Festungsanlage untergebracht, die weder beheizbar noch für einen dauerhaften Aufenthalt geeignet waren. Zugleich erinnerte der Besuch daran, welche Folgen die Ausschaltung rechtsstaatlicher Garantien und die willkürliche Ausübung staatlicher Gewalt haben können.

Im Anschluss kamen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer im Ulmer Traditionsgasthaus *Drei Kannen* zusammen. Dort wurde der gemeinsame Austausch fortgesetzt und ausführlich über die Eindrücke des Besuchs sowie aktuelle Fragen der Vereinsarbeit diskutiert.

Auf Spurensuche in Ostpreußen

Von Marlon Bünck, stellv. Bundesvorsitzender

Vorder- und Rückseite des Mitgliedsbuches, © Reichsbanner

Blick auf die Fahnenweihe des Reichsbanners Budwethen © Bildarchiv Ostpreußen

In die historische Sammlung des Reichsbanners ist eine echte Rarität gelangt: das Mitgliedsbuch mit der Mitgliedsnummer 1 der Reichsbanner-Ortsgruppe im ostpreußischen Budwethen von 1927. Eine Spurensuche.

Das Reichsbanner hat in der ehemaligen preußischen Provinz Ostpreußen und deren damaliger Hauptstadt Königsberg eine beeindruckende und wechselvolle Geschichte. Durch einen glücklichen Zufall gelangte nun ein ostpreußisches Mitgliedsbuch zurück in die Sammlung des Reichsbanners. Budwethen, ab 1938 Altenkirch, gehörte bis 1945 zum 1922 gebildeten Kreis Tilsit-Ragnit. Nach 1945 wurde Budwethen (Altenkirch) in Malomoschaiskoje umbenannt und Teil der sowjetischen Oblast Kaliningrad.

Der Mitgliedsausweis mit der Mitgliedsnummer 1 von Bruno Wenk stammt aus dem Jahre 1927, sein Eintritt ist auf den 1. Oktober datiert. Es sollten jedoch noch weitere Jahre vergehen, bis auf den Aufbau der Ortsgruppe die Fahnenweihe folgte. In der Illustrierten Reichsbanner-Zeitung (IRZ) vom 5. Juli 1930 findet sich ein Hinweis auf die Fahnenweihe und eine Teilnehmerzahl von 1.000 Reichsbanner-Kameraden. Dem sei jedoch hinzugefügt, dass der Ort selbst 1925 nur knapp 600 Einwohner hatte. Daher ist davon auszugehen, dass zur Fahnenweihe auch Gäste aus größeren ostpreußischen Städten anreisten.

Im Ostpreußischen Bildarchiv fand sich bei den Recherchen ein weiteres aufschlussreiches Privatfoto, das zwar nicht datiert ist, aber mit hoher Wahrscheinlichkeit während der Fahnenweihe entstanden ist. Es zeigt einen Aufmarsch, der von der Hauptstraße kommend auf den Marktplatz zieht. Vor einem örtlichen Geschäftshaus hängt ein Banner mit der Aufschrift: „Die Freiheit ist die Republik und abermals die Republik! Pulver ist schwarz, Blut ist rot, golden flackert die Flamme“. Im Hintergrund links ist das ehemalige Hotel „Deutscher Hof“ zu sehen.

Das Gebäude existiert noch heute, steht jedoch seit Jahrzehnten leer. Durch die NS-Herrschaft und das Verbot des Reichsbanners sowie durch Krieg, Flucht und Vertreibung sind nach 1945 nur wenige Zeugnisse des Reichsbanners aus Ostpreußen erhalten geblieben. Umso bedeutender ist der nun erfolgte Fund.

Kranzniederlegung zum 89. Todestag von Otto Hörsing

Marco Hahnfeld (li.) und Marlon Bünck (re.)

Der Grabstein von Otto Hörsing

Kamerad Drescher hält die Landesfahne hoch

Am 16. August 2026 hat das Reichsbanner Berlin-Brandenburg anlässlich des 89. Todestages von Otto Hörsing eine Kranzniederlegung an seinem Grab auf dem Waldfriedhof Dahlem abgehalten. Reichsbanner-Mitglied und Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin, Marco Hahnfeld, hielt die einleitenden Worte.

Otto Hörsing wurde am 18. Juli 1874 im ostpreußischen Groß Schilleningken geboren und starb am 16. August 1937 in Berlin. Der gelernte Schmied gehörte seit 1905 der SPD an und war unter anderem Mitglied der Weimarer Nationalversammlung, Reichstagsabgeordneter, Abgeordneter des Preußischen Landtages sowie Oberpräsident der Provinz Sachsen. 1924 gehörte Hörsing in Magdeburg zu den Mitbegründern des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold. Von 1924 bis 1931 war er Bundesvorsitzender des Reichsbanners und warb bei zahlreichen öffentlichen Auftritten für die Verteidigung der Republik. Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten wurde er aus politischen Gründen aus dem Beamtenverhältnis entlassen. Seine letzten Lebensjahre verbrachte er in Berlin unter schwierigen wirtschaftlichen Verhältnissen.

Mit der Kranzniederlegung haben wir an unseren ersten Bundesvorsitzenden und seinen Einsatz für die Republik erinnert.

Interview mit Prof. Dr. Benjamin Ziemann

Das Interview führte Marlon Bünck, stellv. Bundesvorsitzender

Im Rahmen des Gedenkens anlässlich des 89. Todestages von Otto Hörsing bot sich die Gelegenheit, mit Prof. Dr. Benjamin Ziemann von der Universität Sheffield (Großbritannien) zu sprechen. Er hat sich bereits in der Vergangenheit intensiv mit der Geschichte des Reichsbanners auseinandergesetzt und hielt auch im Rahmen des 100-jährigen Jubiläums in Magdeburg die Festrede im Landtag von Sachsen-Anhalt.

Reichsbanner: Otto Hörsing stammte aus einfachen Verhältnissen und arbeitete sich vom Schmied und Gewerkschaftsfunktionär bis zum Oberpräsidenten einer preußischen Provinz empor. Welche persönlichen Fähigkeiten, politischen Netzwerke und gesellschaftlichen Bedingungen ermöglichten einen solchen Aufstieg in der frühen Sozialdemokratie?

Benjamin Ziemann: Für Hörsings politischen Aufstieg ist vor allem die Zäsur von 1918 entscheidend. Schon vor 1914 war er innerhalb der Arbeiterbewegung gewissermaßen auf zwei Ebenen tätig: zum einen in der Gewerkschaftsbewegung, insbesondere im Deutschen Metallarbeiter-Verband, zum anderen in der SPD. Er übernahm Führungsfunktionen sowohl im Gewerkschaftskartell als auch in der sozialdemokratischen Bezirksorganisation. Gerade die Gewerkschaftsarbeit vermittelte ihm jene organisatorischen Fähigkeiten, die für seine spätere Karriere von großer Bedeutung waren. Nach dem Ende des Ersten Weltkriegs vollzog sich sein Aufstieg dann außerordentlich schnell. Nach seiner Rückkehr aus Rumänien wurde er Vorsitzender eines Arbeiter- und Soldatenrates und gelangte innerhalb kurzer Zeit in bedeutende politische Funktionen. Dabei spielte sicherlich auch die besondere Situation in Oberschlesien eine Rolle. Die Region war stark katholisch geprägt; vor 1914 dominierten dort die Zentrumspartei und die christliche Arbeiterbewegung. Die SPD verfügte dagegen nur über vergleichsweise schwache Strukturen und hatte einen erheblichen Bedarf an erfahrenen Funktionären. Nach 1918 bestand gleichzeitig ein gewisser Überschuss an politisch und organisatorisch geschultem Personal aus der Arbeiterbewegung. Hörsing war insofern zur richtigen Zeit am richtigen Ort.

Interessant ist allerdings, dass er in der Weimarer Nationalversammlung keineswegs als besonders profilierter Parlamentarier hervortrat. Er ergriff dort nur selten das Wort. Wenn er sprach, dann vor allem zu Fragen, die unmittelbar mit den von ihm vertretenen beziehungsweise politisch betreuten Gebieten zusammenhingen. So trat er für die Annahme des Versailler Vertrages ein, weil er bei einer Ablehnung eine Wiederaufnahme der Kriegshandlungen befürchtete. Im Oktober 1919 kritisierte er zudem öffentlich die antirepublikanische Haltung von Teilen des Offizierskorps in Mittelschlesien. Dabei griff er auch Reichswehrminister Gustav Noske an, dem er vorwarf, diese Entwicklung nicht entschieden genug zu unterbinden. Hörsing beanstandete insbesondere, dass Offiziere duldeten, dass schwarz-rot-goldene Fahnen entfernt und stattdessen schwarz-weiß-rote Fahnen gehisst wurden. Bereits hier zeigt sich sein ausgeprägtes Verständnis von staatlicher und republikanischer Autorität.

Reichsbanner: Als Reichs- und Staatskommissar in Oberschlesien sowie später als Oberpräsident der Provinz Sachsen trat Hörsing gegenüber politischen Unruhen ausgesprochen entschieden auf. Wie prägten die Erfahrungen in Oberschlesien, beim Kapp-Putsch und während der mitteldeutschen Märzkämpfe von 1921 sein Verständnis von Republikschutz und staatlicher Autorität?

Ziemann: Hörsing war meines Erachtens bereits vor 1919 überzeugter Republikaner, auch wenn sich das aufgrund der teilweise schwierigen Quellenlage nicht immer im Einzelnen nachvollziehen lässt. Prägend waren sicherlich seine Erfahrungen seit seiner Tätigkeit im Arbeiter- und Soldatenrat. Schon dort zeigt sich ein Politikverständnis, das man heute wohl als ausgeprägt „top-down“ bezeichnen würde: Eine aus der Basis hervorgegangene Bewegung sollte möglichst schnell organisatorisch geordnet und unter politische Kontrolle gebracht werden. In Oberschlesien bestand eines seiner zentralen Anliegen darin, die polnische Nationalbewegung zurückzudrängen und die staatliche Autorität zu behaupten. Hörsing war in diesem Sinne ein ausgeprägter Etatist. Für ihn bedeutete Republik nicht allein eine bestimmte Verfassungsordnung, sondern auch einen handlungsfähigen Staat. Wer die staatliche Ordnung herausforderte, musste nach seiner Auffassung mit den verfügbaren staatlichen Machtmitteln konfrontiert werden. Republikschutz und die Durchsetzung staatlicher Autorität waren für ihn eng miteinander verbunden.

Die preußische Provinz Sachsen war für einen Politiker mit einem solchen Verständnis von Staatlichkeit geradezu ein idealtypisches Betätigungsfeld. Sie gehörte zu den stark industrialisierten Regionen Deutschlands und war zugleich von besonders scharfen politischen Gegensätzen geprägt. Magdeburg war ein Zentrum des Stahlhelms, während die KPD in Teilen der Provinz über eine erhebliche Massenbasis verfügte. Rechte und linke politische Milieus standen sich dort in großer Schärfe gegenüber, und gewaltsame Auseinandersetzungen eskalierten vergleichsweise früh. Anders als beispielsweise in Berlin, wo die politische Rechte schwächer war und SPD und KPD das politische Kräftefeld stark bestimmten, trafen in der Provinz Sachsen sehr unterschiedliche und zum Teil hochgradig mobilisierte politische Lager unmittelbar aufeinander. Hörsings Reaktion darauf war immer wieder der Versuch, staatliche Autorität wiederherzustellen und sichtbar durchzusetzen.

Reichsbanner: Welche Rolle spielte Hörsing persönlich bei der Gründung und dem raschen Aufbau des Reichsbanners, und wie verteilten sich die konzeptionellen und organisatorischen Leistungen zwischen ihm, Karl Höltermann und den weiteren Magdeburger Gründern?

Ziemann: Über die konkrete Arbeitsteilung innerhalb des Magdeburger Gründerkreises wissen wir vergleichsweise wenig. Karl Rohe stützt sich in seiner grundlegenden Untersuchung zum Reichsbanner in erheblichem Maße auf spätere Aussagen von Zeitzeugen,

→

Fortsetzung von Seite 13: „Interview mit Benjamin Ziemann“

darunter Franz Osterroth und Gustav Ferl. Osterroth wurde von Rohe sehr intensiv befragt, gehörte aber erst vergleichsweise spät zum engeren Funktionärskreis des Reichsbanners. Vor allem auf Grundlage der Aussagen Ferls entsteht der Eindruck, dass Karl Höltermann die eigentliche organisatorische Triebkraft gewesen ist. Man sollte dabei allerdings zwischen der Gründungsphase, der anschließenden Aufbauphase und der späteren organisatorischen Konsolidierung unterscheiden.

Ich glaube nicht, dass Hörsing selbst einen besonders großen Anteil an der alltäglichen Organisationsarbeit hatte. Dafür verfügte er über sehr gute und organisatorisch erfahrene Mitarbeiter. Interessant ist in diesem Zusammenhang eine autobiografische Überlieferung Osterroths, der Hörsing durchaus kritisch gegenüberstand. Osterroth behauptet beispielsweise, Hörsing habe sich seine Reden häufig von Mitarbeitern des Reichsbanners schreiben lassen. Texte, die Hörsing selbst verfasste, seien häufig repetitiv gewesen. Beiträge für die Reichsbanner-Zeitung musste er, Osterroth, deshalb bearbeiten beziehungsweise auch gerne stark umschreiben. Solche Aussagen muss man selbstverständlich als subjektive Zeitzeugenaussagen lesen. Bei einem anderen Vorwurf Osterroths wäre ich noch skeptischer. Er verweist darauf, dass Hörsing zu Beginn seiner gewerkschaftlichen Laufbahn zunächst den liberalen Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereinen angehörte und erst anschließend zu den freien Gewerkschaften wechselte.

Prof. Dr. Benjamin Ziemann

Osterroth leitete daraus offenbar Zweifel an Hörsings sozialdemokratischer Verankerung ab. Das halte ich für deutlich überzogen. Zum Zeitpunkt der Reichsbannergründung war Hörsing bereits seit Jahrzehnten in der Sozialdemokratie organisiert. Was Osterroth damit vermutlich treffender zum Ausdruck bringt, ist, dass Hörsing kein politischer Theoretiker war. Das sollte man allerdings ebenfalls nicht überbewerten. Auch innerhalb der SPD wurde sehr viel stärker August Bebel als Karl Marx gelesen. Politische Identität entstand also keineswegs ausschließlich aus theoretischer Schulung.

Entscheidend für den Erfolg des Reichsbanners war ohnehin die regionale Dynamik. Die Intensität der Reichsbannerarbeit unterschied sich von Region zu Region erheblich. Die eigentliche Dynamik des Verbandes entstand weniger in der Bundeszentrale als in der Fläche. Der rasche Aufstieg des Reichsbanners lässt sich deshalb nicht allein aus dem Handeln Hörsings oder Höltermanns erklären, sondern vor allem aus der Fähigkeit lokaler und regionaler Strukturen, die Organisation in kürzester Zeit aufzubauen.

Reichsbanner: Der offene Bruch mit der SPD entzündete sich vor allem an Hörsings Forderung nach einem staatlich finanzierten Arbeitsbeschaffungsprogramm. War Hörsing damit ein wirtschaftspolitischer Vordenker, oder verband sich sein Programm mit persönlichen Macht- und Führungsansprüchen?

Ziemann: Man muss Hörsings Forderungen zunächst in den zeitgenössischen Kontext einordnen. Er war keineswegs der Einzige, der ein staatliches Arbeitsbeschaffungsprogramm forderte. Das bekannteste Beispiel ist der sogenannte WTB-Plan von Wladimir Woytinsky, Fritz Tarnow und Fritz Baade aus dem Umfeld der freien Gewerkschaften beziehungsweise des ADGB. Vorgesehen war im Kern eine kreditfinanzierte staatliche Arbeitsbeschaffung. Diese Vorschläge wurden auch mit der SPD diskutiert, stießen dort jedoch auf erhebliche Vorbehalte. Bei Hörsing kamen meines Erachtens zwei Konflikte zusammen. Zum einen bestand innerhalb der SPD die Auffassung, dass das Reichsbanner keine eigenständige Wirtschaftspolitik betreiben sollte. Wirtschaftspolitische Entscheidungen wurden als Angelegenheit der Partei betrachtet. Doch auch unabhängig von dieser Kompetenzfrage stand Hörsings Position in einem grundlegenden Gegensatz zur damaligen wirtschaftspolitischen Linie großer Teile der SPD-Führung.

Eine wesentliche Rolle spielte dabei die tiefsitzende Inflationsfurcht, die aus den Erfahrungen von 1923 resultierte. Kreditfinanzierte Arbeitsbeschaffung wurde deshalb mit erheblicher Skepsis betrachtet. Hinzu kam eine grundsätzlichere sozialistische Perspektive auf die Wirtschaftskrise. In der damaligen Debatte begegnet das bekannte Bild, die Sozialdemokratie dürfe nicht zum „Arzt am Krankenbett des Kapitalismus“ werden. Statt einer bloßen Stabilisierung des bestehenden Wirtschaftssystems sollte die Krise vielmehr den Übergang zu einer grundlegenderen Transformation ermöglichen. Gerade während der Regierung Brüning konnte diese langfristige sozialistische Erwartung mitunter die unmittelbare Tagespolitik überlagern. Daneben gab es innerhalb der SPD ohnehin erhebliche Vorbehalte gegenüber der politischen Eigenständigkeit des Reichsbanners. Diese Konflikte kulminierten schließlich im Bruch mit Hörsing. Mit der Gründung der Eisernen Front vollzog sich zugleich eine stärkere Sozialdemokratisierung des Reichsbanners. Die ursprüngliche Kooperation mit den anderen republikanischen Parteien trat zunehmend in den Hintergrund. Auch dieser Prozess bildet einen wichtigen Kontext für Hörsings Konflikt mit der Parteiführung.

Reichsbanner: Wie ist die 1932 gegründete Sozial-Republikanische Partei Deutschlands historisch einzuordnen: als ernst gemeinter Versuch einer neuen republikanischen Sammlungsbewegung, als Konkurrenzorganisation zum Reichsbanner oder vor allem als persönliches politisches Projekt Hörsings nach seinem Ausschluss aus SPD und Reichsbanner?

Ziemann: Zugespitzt würde ich sagen: Das war in erheblichem Maße ein persönliches politisches Projekt Hörsings, gewissermaßen ein „Ego-Trip“. Die Bewegung blieb zahlenmäßig sehr begrenzt und konnte keine größere politische Dynamik entfalten.

Reichsbanner: Über Hörsings letzte Lebensjahre ist vergleichsweise wenig bekannt. Zugleich hielt er Kontakte zu ehemaligen Sozialdemokraten und soll 1937 Julius Leber mit einem Berliner Kreis früherer Parteifunktionäre in Verbindung gebracht haben. Inwieweit kann man bei Hörsing von oppositionel-

Postkarte Otto Hörsing, Bild: RB 492
© Reichsbanner

lem Verhalten oder sogar einer Beteiligung an frühen Widerstandsnetzwerken sprechen und wie sollte das sein widersprüchliches Verhalten nach 1933 in der Gesamtbewertung seines Lebens verändern?

Ziemann: Belastbare Aussagen sind hier nur sehr eingeschränkt möglich. Ein Teil dessen, was wir über Hörsings Verfolgung wissen, beruht auf Aussagen seiner Frau aus der Nachkriegszeit. Diese entstanden unter anderem im Zusammenhang mit der Klärung von Versorgungs- beziehungsweise Rentenansprüchen und müssen deshalb quellenkritisch entsprechend eingeordnet werden. Dazu gehört auch die Überlieferung, Hörsing sei von SA-Angehörigen aufgegriffen und in einen ihrer Folterkeller gebracht worden. Ebenso gibt es Hinweise auf Kontakte zu Julius Leber und zu ehemaligen sozialdemokratischen Funktionären. Wie eng diese Kontakte waren und inwieweit daraus bereits eine aktive Einbindung Hörsings in Widerstandsstrukturen abgeleitet werden kann, lässt sich aufgrund der dünnen Quellenlage jedoch kaum bestimmen.

Hörsing lebte in seinen letzten Jahren in Berlin und scheint zumindest zeitweise gehofft zu haben, sich dort dem unmittelbaren Zugriff beziehungsweise der besonderen Aufmerksamkeit des Regimes entziehen zu können. Über seine konkreten politischen Aktivitäten in dieser Phase wissen wir allerdings ausgesprochen wenig.

Ich würde deshalb davor warnen, aus den wenigen bekannten Kontakten nachträglich eine eindeutige Widerstandsbiografie zu konstruieren. Umgekehrt sollte man auch seine problematischen Äußerungen aus dem Frühjahr 1933 nicht zum alleinigen Maßstab seiner politischen Biografie machen. Für die Gesamtbewertung Hörsings würde ich deshalb keine grundlegende Revision vornehmen. Wichtig ist allerdings, das nationale Moment seines politischen Denkens stärker zu berücksichtigen. Hörsing verband Republikanismus, Sozialdemokratie und einen ausgeprägten positiven Bezug zur Nation. Gerade diese Verbindung erklärt sowohl zentrale Aspekte seines Engagements im Reichsbanner als auch manche Ambivalenzen seines politischen Verhaltens in der Endphase der Weimarer Republik und zu Beginn der nationalsozialistischen Herrschaft.

Landeskonferenz Sachsen wählt neuen Vorstand und Reiner Haseloff wird Mitglied im Reichsbanner

Reiner Haseloff nimmt sein Mitgliedsbuch entgegen

Im Rahmen der Landeskonferenz am 27. Juni 2026 in Magdeburg wurde der neue sächsische Landesvorstand für die Amtsperiode 2026 bis 2028 gewählt. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde der ehemalige Ministerpräsident des Landes Sachsen-Anhalt Dr. Reiner Haseloff in das Reichsbanner aufgenommen. Im Rahmen seines Beitritts würdigte Haseloff die Arbeit des Reichsbanners. Er hob den über hundertjährigen Einsatz des Verbandes für die freiheitliche Republik hervor und dankte allen Mitgliedern, die diese Tradition bis heute mit Leben erfüllen.

Der anschließenden Wahl des neuen Landesvorstandes war eine besondere Situation vorausgegangen. Der bisherige Landesvorsitzende Dr. Hassan Soilihi Mzé, Schatzmeister Toni Güttner und Schriftführer Jörg Polster hatten angekündigt, nicht erneut für ihre Ämter zu kandidieren. Um die Handlungs- und Geschäftsfähigkeit des Landesverbandes weiter zu sichern, hatten der Vorstand des Landesverbandes Sachsen, der Bundesverband sowie der Vorstand des Landesverbandes Berlin-Brandenburg gemeinsam beschlossen, die Kandidatur erfahrener Mitglieder des Nachbarverbandes zu ermöglichen. Dieser Schritt beruht auf dem Selbstverständnis des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold als bundesweit organisierter Verband. Die Bereitschaft von Mitgliedern aus Berlin-Brandenburg zur Kandidatur ist als vorübergehende Unterstützung zu verstehen, um den Landesverband Sachsen insbesondere bei der Finanz-, Mitglieder- und Steuerverwaltung sowie der allgemeinen Vereinsverwaltung mit ihrer Erfahrung zu stärken.

Die Mitglieder folgten diesem Vorschlag und wählten alle vorgeschlagenen Kandidatinnen und Kandidaten einmütig. Zum Landesvorsitzenden wurde Marlon Bünck (Berlin-Brandenburg) gewählt. Als stellvertretende Landesvorsitzende wurden Andreas Schlüter (Berlin-Brandenburg) und Diana Bäse gewählt. Das Amt des Schatzmeisters übernimmt Daniel Friedrich (Berlin-Brandenburg). Zur Schriftführerin wurde Dr. Eva Schmucker-Drabe gewählt. Komplettiert wird der Landesvorstand durch die Beisitzer Alexander Dreiser, Sasha Mohr und Dr. Jochen Müller.

Der neu gewählte Landesvorstand dankte den Mitgliedern für das entgegengebrachte Vertrauen und freut sich darauf, den Landesverband zukunftsfähig aufzustellen.

KONTAKT
Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold,
Bund aktiver Demokraten e.V.
Bundesgeschäftsstelle
Stauffenbergstraße 13-14
10785 Berlin
E-Mail: kontakt@reichsbanner.de
Telefon: 030 263 989 038
Telefax: 030 263 989 008
Web: reichsbanner.de

NEWSLETTER INFORMIERT ÜBER REICHSBANNER-AKTIVITÄTEN

Abonnieren Sie jetzt den Newsletter des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold. Damit bleiben Sie immer auf dem Laufenden. Regelmäßig informiert der Bundesvorstand per E-Mail mit Neuigkeiten aus dem Verein sowie Wissenswertem aus den Bereichen Demokratie und politische Bildung. In der Rubrik „Veranstaltungen“ informieren wir zudem über kommende Aktivitäten.

Hier geht es zur Anmeldung:
reichsbanner.de/service/newsletter/anmeldung

SPENDEN

Ohne finanzielle Mittel geht wie überall nicht viel. Wenn Sie also unsere Arbeit unterstützen möchten, können Sie direkt auf unser Vereinskonto überweisen. Jeder Euro zählt! Auf Grund der anerkannten Gemeinnützigkeit des Vereins, können Spenden an uns steuerlich geltend gemacht werden. Auf Anfrage stellen wir Ihnen gerne eine Spendenquittung aus.

IBAN: DE87 5003 3300 1007 7651 00
BIC: SCFBDE33XXX
Santander Bank
Zweck: Spende
Auch möglich direkt per PayPal!

SOZIALE NETZWERKE

Das Reichsbanner ist in mehreren sozialen Netzwerken aktiv, um über sein Vereinsleben, seine Geschichte und Veranstaltungen zu informieren. Folgen Sie uns!

IMPRESSUM
Herausgeber: Der Bundesvorstand des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V., Stauffenbergstraße 13-14, 10785 Berlin
Geschäftsführender Vorstand: Dr. Fritz Felgentreu, Diana Bäse, Dirk Sielmann, Marlon Bünck, Alexander Lehmann, Marius Grünhagen und Jörg Sommer
Gerichtsstand und Erfüllungsort: Berlin
V.i.S.d.P.: Dr. Fritz Felgentreu
Redaktion: Marlon Bünck
Satz: Lehmann & Werder Museumsmedien (GbR), Katja Peters
Auflage: 1.500 Stück
Redaktionsstand: 30.9.2026